
Haushaltsrede 2022 von Angela Hebler

16. Dezember 2022

Herr Oberbürgermeister, geehrte Anwesende,

die Corona-Pandemie hat uns mit ihrer vierten Welle voll im Griff. Einen weiteren verordneten Lockdown gibt es nicht, allerdings einen faktischen für Ungeimpfte. Ob eine Impfpflicht uns auch vor Mutationen wie Omikron und weiteren Varianten wirksam schützt, wird die Zeit zeigen. Das Ende der Krise ist noch nicht in Sicht, wir sollten weiter mit dem Virus und nicht schon ohne es planen. Was wir jetzt schon an Erkenntnis gewonnen haben und unbedingt mitnehmen sollten, ist eine bessere Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und die konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips.

Das hat sich auch die neue Ampel-Bundesregierung, die seit dem 8. Dezember im Amt ist, vorgenommen. Alle Maßnahmen, die sie ergreifen wird, werden sich unmittelbar oder mittelbar auf die kommunale Ebene auswirken. Wir erwarten überfällige Gesetze für konsequenten Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt, für mehr soziale Gerechtigkeit, z.B. die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Einführung einer Kindergrundsicherung oder die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro.

Investitionen in die Zukunft der Klimaneutralität sind nicht nur sinnvoll, sondern notwendig - da kommt hoffentlich auch für die Kommunen frisches Geld aus Berlin. Dass diejenigen, die sowieso schon von allem weniger zum Leben haben, den Löwenanteil der Transformationskosten tragen sollen, kommt nicht infrage und ist von der neuen Bundesregierung auch nicht vorgesehen. Ich bin sehr gespannt, wie das im Einzelnen ausgestaltet werden wird.

Was uns die jugendlichen Demonstrierenden der Fridays for Future-Bewegung ins politische Stammbuch geschrieben haben, ist, dass sie in 14 Jahren von heute an, 2035, eine Welt vorfinden möchten, die nicht im Krisenmodus regiert werden muss. Deshalb ziehen wir jetzt die Notbremse und drosseln die Erderhitzung im notwendigen Maß. Die Jugend von heute hat einen Anspruch auf ein lebenswertes Morgen und dafür haben wir jetzt Regierenden die Verantwortung - so hat es auch das Bundesverfassungsurteil zur „Klimaklage“ formuliert.

Das betrifft auch die Sorge für ein friedliches Miteinander, die aktive Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenhalts. Und auch dafür müssen finanzielle Mittel in die Hand genommen werden. Zu beidem haben sich CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Düsseldorfer Stadtrat verpflichtet. Und in diesem Sinn haben wir in 2021 gearbeitet. Wir haben im Frühjahr mit dem Haushalt 2021 und mit den weiteren Beschlüssen im laufenden Jahr die Weichen gestellt: 60 Millionen pro Jahr zusätzlich für Klimaschutz, mehr Tempo beim Radwegebau unter anderem mit der IPM, Ausbau der Schulsozialarbeit, Aufstockung von Streetwork und OSD, Weiterentwicklung des Handlungskonzepts Wohnen, städtische Gebäude nach dem Cradle-to-Cradle Prinzip, Solaroffensive und vieles mehr.

Wir verabschieden heute den 2. schwarz-grünen Haushalt in weniger als einem Jahr. Die HH-Aufstellung und -Beratung war für Verwaltung wie Politik nicht nur aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen herausfordernd. Aufgrund des späten HH-Beschlusses hatte die Verwaltung wenig Zeit und hat deshalb auch zu pauschalen Kürzungen gegriffen. Diese Kürzungen und ihre späteren Umverteilungen oder Rücknahmen haben die politischen Beratungen erschwert.

Die Folgen der Corona-Pandemie schlagen voll auf den städtischen Haushalt und auf die städtischen Beteiligungen durch. Insbesondere die nötigen Zuschüsse an den Flughafen, die höheren

Verluste bei der Rheinbahn und die ausbleibenden Ausschüttungen (von Flughafen und Messe) sind eine immense Herausforderung für die kommenden Jahre. Dazu kommen die Lücken in der Gewerbesteuer, die Düsseldorf besonders hart treffen.

Die Corona-bedingten Folgekosten können die Städte und Gemeinden nicht alleine schultern, auch Düsseldorf nicht, hier sind Bund und Land in der Pflicht. Aufgrund der immensen Belastungen und der absehbaren zukünftigen Herausforderungen ist klar, dass Land und Bund umso dringender auch die strukturelle Unterfinanzierung angehen müssen;

Ich komme zu den Themenbereichen:

Klimaschutz und Verkehrswende bleiben Schwerpunkte im Haushalt: die 60 Mio. für den Klimaschutz sind unangetastet, der Radverkehrs-Etat wird nicht gekürzt, sondern durch Projekt-Beschlüsse erhöht (z. B. Nord-Süd-Route, Rampe Tonhallenufer).

Wir setzen bei **Klimaanpassung und Biodiversität** einen neuen Schwerpunkt im Haushalt: 5 Mio. pro Jahr (aus Mittelübertragung) für Stadtgrün, Dach-, Fassaden-, Innenhofbegrünung, das Klimaanpassungskonzept usw.

Die Stadt bleibt verlässlich in ihrem Engagement für Menschen in herausfordernden Lebenslagen. Diese Aufgaben nimmt sie überwiegend nicht selbst wahr, sondern betraut die Träger der Freien Wohlfahrt damit.

Düsseldorf bleibt Zufluchtsort für all diejenigen, die sich aus purer Not aus ihrer Heimat auf den Weg in eine sichere Zukunft machen. In 2021 sind insbesondere die Lage in Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban und die aktuelle dramatische Situation an der Grenze in Belarus zu nennen.

Wir haben Projekte im Bereich der Integration im laufenden Jahr einer Evaluation unterzogen, niederschwellige Sprachkurse, Stabilisierungsbegleiter*innen in den Unterkünften, die Welcome Points. Da diese Auswertungen durchweg zu einem positiven Ergebnis kommen, werden wir diese Projekte für 2022 und 2023 verstetigen.

Nicht nur Geflüchtete werden in Düsseldorf willkommen geheißen und bekommen Integrationsangebote vom ersten Tag an. Unsere Stadt zieht Menschen aus aller Welt an, die hier leben und arbeiten wollen und die wir als Fachkräfte auch dringend brauchen. Über 2.000 Einbürgerungen allein in diesem Jahr sprechen eine deutliche Sprache.

Verlässlich sind wir auch in der **Kulturförderung**: keine Kürzungen, sondern Akzente bei Freier Szene, das Ziel einer auch mittelfristig verlässlichen Finanzierung der großen Häuser und der Kulturinstitute.

Wir haben vorhin mit breiter Mehrheit den Neubau einer „Oper für alle“ beschlossen. Diese Spielstätte muss mehr bieten als das bisherige klassische Programm. Überall auf der Welt musizieren, singen und tanzen die Menschen - das möchte ich auch in Düsseldorf hören und sehen können. Wir GRÜNE werden nicht viele hundert Millionen Euro für nur 5 Prozent der Stadtbevölkerung in die Hand nehmen. Und für uns ist klar: der Opernneubau geht weder zulasten der vielfältigen Kunst- und Kulturszene noch irgendeines anderen Bereiches.

Dass der öffentliche Raum allen gehört bzw. gehören sollte, ist nicht nur im Verkehrsbereich ein mitunter hoch emotional diskutiertes Thema. Im letzten halben Jahr wurde der Handlungsbedarf beim Worringer Platz in vielen unterschiedlichen Gremien kontrovers debattiert. Wir haben noch nicht die Lösung gefunden aber ein Verfahren verabredet, mit dem wir zu geeigneten Maßnahmen

kommen werden, die allen, die sich auf dem Platz aufhalten und um ihn herum wohnen und arbeiten, gerecht werden. Und wir werden auch alle anderen Plätze rund um den Hauptbahnhof in den Blick nehmen.

Wir legen Haushaltsanträge zu vielfältigen und wichtigen (nur vermeintlich kleinen) Initiativen vor, als Stichworte:

- Urban Data Portal
- Förderung der Modewirtschaft (Fashion Net und Fashion Days)
- Unterstützung des Jugendrates und Starten einer Fachkräfteoffensive in der Jugendhilfe
- Ausbau und Verbesserung der Betreuungsangebote in Sportvereinen
- Pakt für den Sport; Aufstockung für Unterhaltungsmaßnahmen; Planung für Mountainbike-Trails und Dirtpark

Ich komme zum Schluss: Wenn wir 2025 wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen wollen, müssen wir die Entwicklung der städtischen Finanzen in den nächsten vier Jahren politisch eng begleiten. Für die nächsten Haushaltsberatungen und die mittelfristige Strategie werden wir strukturierter und mit besseren Instrumenten vorgehen müssen.

Danke! Danke! Danke!

Es gilt das gesprochene Wort.